

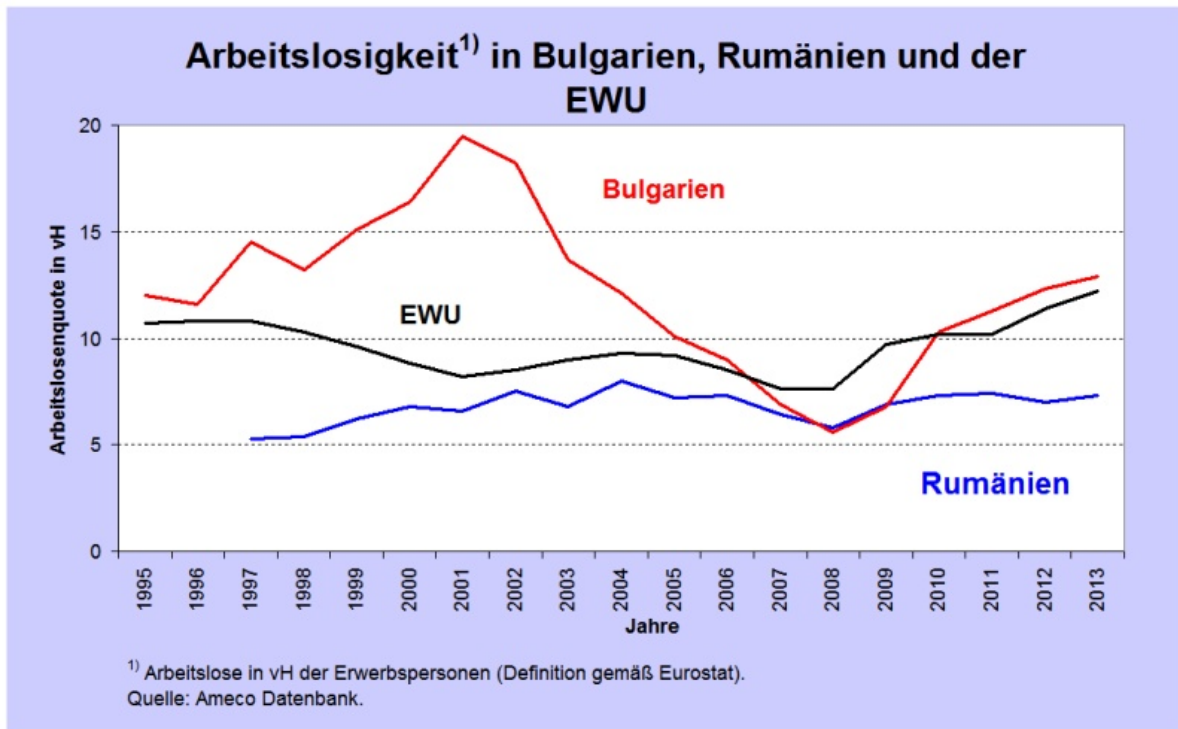
## Bulgarien und Rumänien – zwei weitere Länder auf der Verliererstraße und die Folgen Teil II

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 22.01.2014 (editiert am 25.05.2016)

[Im ersten Teil](#) der Serie über Bulgarien und Rumänien haben wir gezeigt, dass beide Länder nach einem vielversprechenden Start in die Transformation stecken geblieben sind und offensichtlich Schwierigkeiten haben, nach der schweren Rezession von 2008 wieder auf einen Wachstumspfad zurückzukehren, der Aufholen und einen Abbau der Arbeitslosigkeit ermöglicht. Warum das so schwierig ist, soll in diesem zweiten Teil geklärt werden.

Die offiziell gemessenen Arbeitslosenzahlen (Abbildung 11) unterscheiden sich deutlich in beiden Ländern. Während in Bulgarien die Arbeitslosigkeit klar auf den Einbruch der Wirtschaft nach 2008 reagiert, gibt es in Rumänien nur eine sehr geringe sichtbare Reaktion auf die Rezession. Möglicherweise werden andere Messkonzepte benutzt bzw. ist die Struktur der Beschäftigten anders; in beiden Ländern ist der Anteil der Selbständigen verglichen etwa mit Deutschland (rund 10%) sehr hoch: in Rumänien über 30%, in Bulgarien immerhin gut 25%. Eine "Unterauslastung" bzw. Beschäftigungslosigkeit dieser selbständig tätigen Arbeitskräfte wird natürlich kaum direkt erfasst.

Abbildung 11



Dabei waren, wie Abbildung 5 in [Teil I dieses Beitrags](#) zeigt, die Reallöhne bei weitem nicht zu stark gestiegen: Gemessen an der Produktivität blieben die Zuwächse eindeutig im Rahmen. In nominaler Rechnung jedoch ist ein großes Problem entstanden: Die Nominallöhne sind über viele Jahre erheblich stärker gestiegen als die Produktivität und haben – wie die Abbildungen 12 und 13 zeigen – Preissteigerungsraten nach sich gezogen, die weit jenseits der Inflationsraten im Westen Europas lagen, in Rumänien weit schlimmer als in Bulgarien. Im Vergleich zu diesen Abweichungen war die Veränderung des nominalen Wechselkurses gegenüber dem Euro (vgl. Abbildungen 6 und 7 aus Teil I) im Fall Rumäniens zu gering und im Fall Bulgariens, da dort wegen Wechselkursfixierung von vornherein unerwünscht, ebenfalls unzureichend: Beide Länder büßten massiv an Wettbewerbsfähigkeit ein.

Abbildung 12

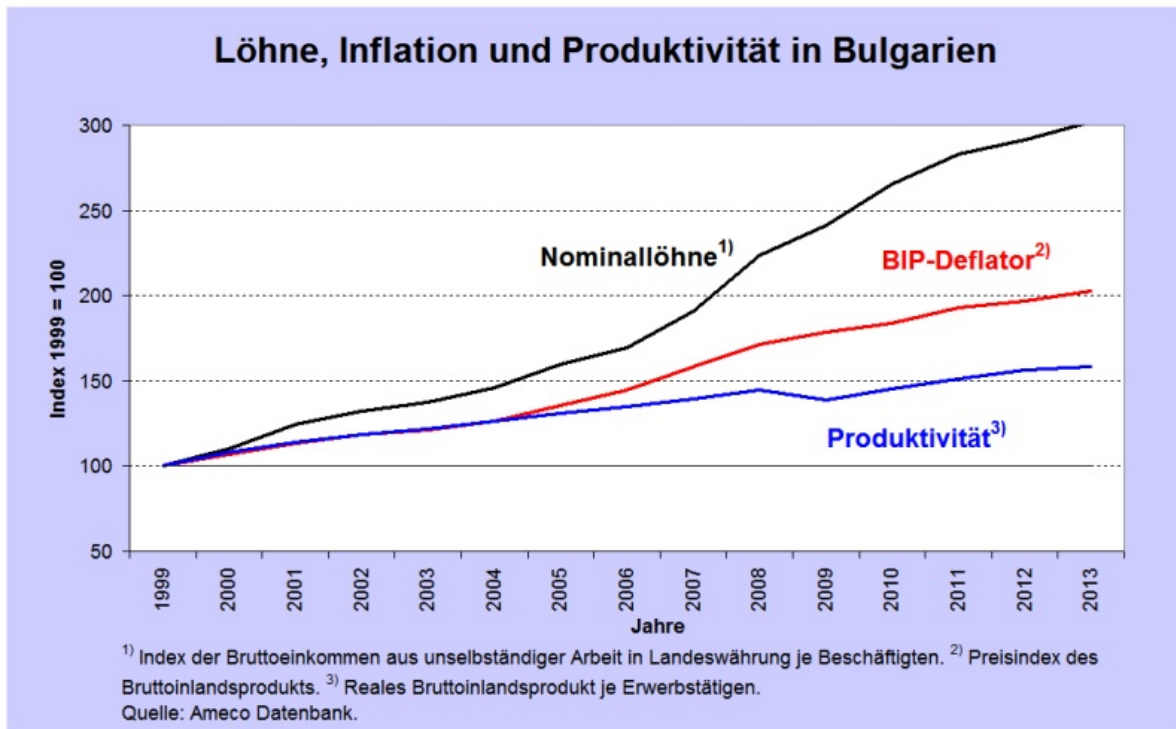
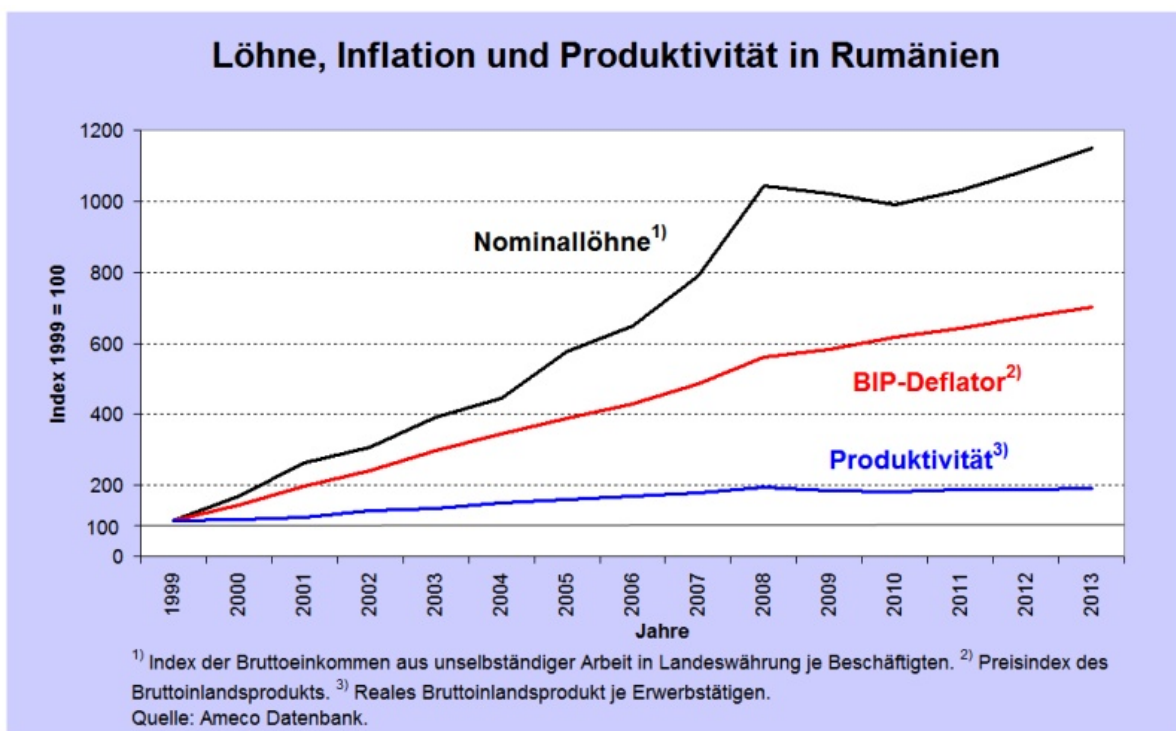
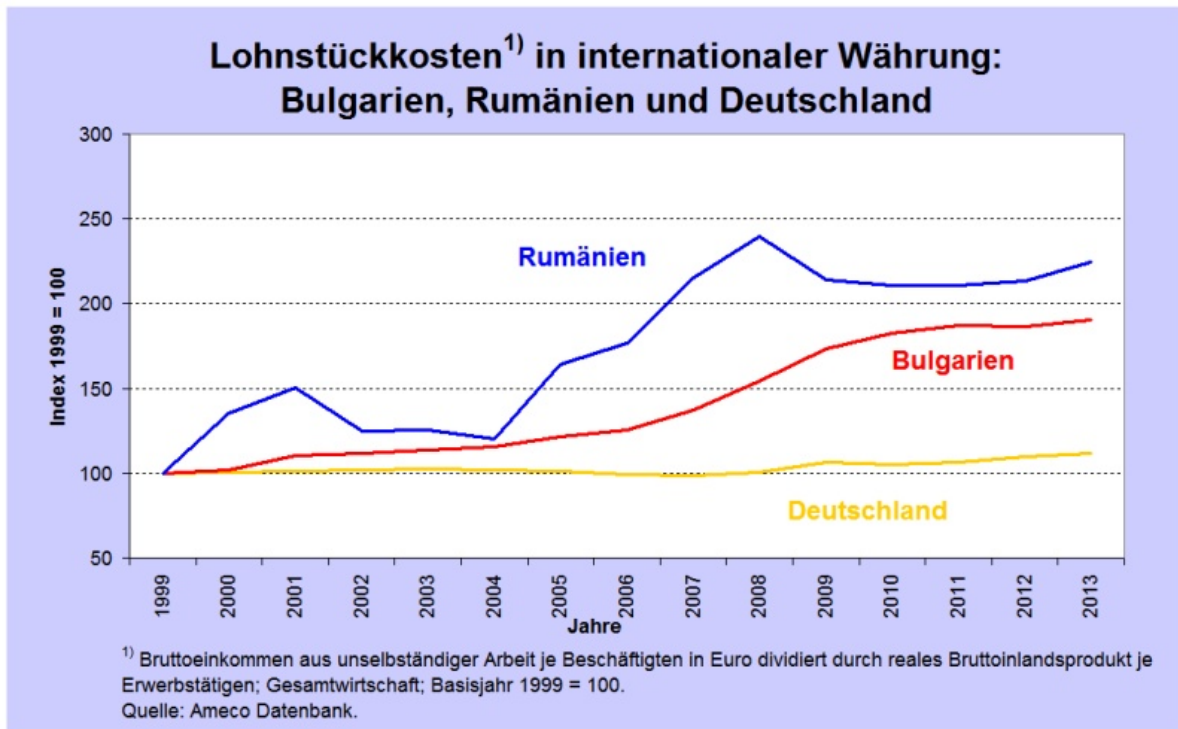


Abbildung 13



Vergleicht man die Entwicklung der Lohnstückkosten in Bulgarien bzw. Rumänien mit der in Deutschland (vgl. Abbildung 14), wird das unmittelbar deutlich.

Abbildung 14



Mit einem Niveau der Lohnstückkosten (auf der Basis von 1999=100), das in Euro gerechnet um 70 Prozent und mehr über dem deutschen liegt (und damit selbst gegenüber den Krisenstaaten in SudEuropa einen enormen Wettbewerbsruckstand anzeigt), kann es keine wirtschaftliche Erholung geben, die nicht nach ganz kurzer Zeit an Grenzen einer erneut stark defizitären Leistungsbilanz stoßen würde. Denn keinem Konsumenten und keinem Investor ist zu verdenken, dass er zum relativ preiswerteren Produkt greift, das nun mal aus Sicht der Bulgaren und Rumänen aus dem Ausland stammt. Der einzelne kann nicht verhindern, dass dieses rationale Verhalten in der Summe die Wirtschaft seines Landes und damit letzten Endes seinen eigenen Arbeitsplatz ruiniert. Nur in konjunkturellen Krisenzeiten bricht bei einer solchen außenwirtschaftlichen Konstellation die Importnachfrage ein, nicht im Aufschwung. Das ist die logische Folge des Freihandels bei Wechselkursfixierung.

Das schafft für die traditionelle Wirtschaftspolitik ein Dilemma, so lange sie an der einmal eingegangenen Wechselkursbindung festhält. Einerseits muss die Regierung "nur" ein nominales Problem lösen, andererseits aber haben alle Mittel, die sie in die Hand nehmen könnte, eine unkalkulierbar negative reale Wirkung. Folglich geschieht meist nichts, bis die nächste Krise ausbricht.

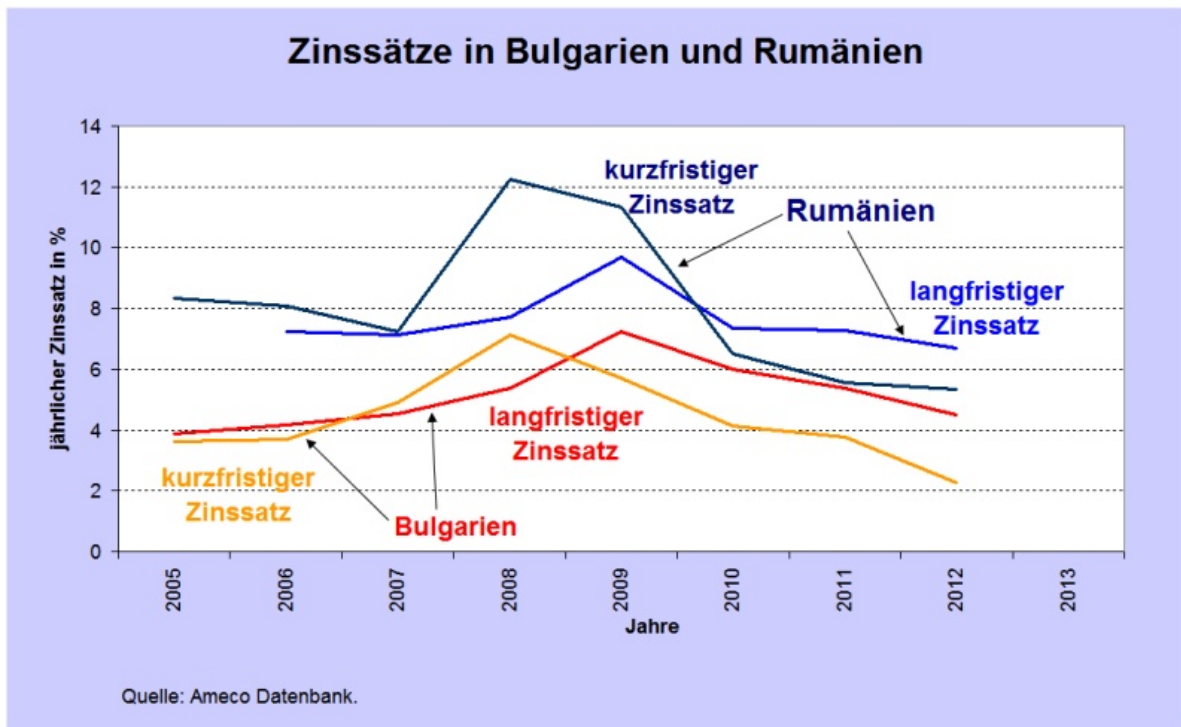
Ein Mittel wäre folgendes: Wenn ein Land klar ubewertet ist, die Abwertung der eigenen Währung als Instrument jedoch ausschließt, könnte es den Kostenruckstand gegenüber dem Ausland nur durch eine Senkung der Nominallöhne wettmachen. Selbst wenn eine Regierung das politisch hinbekommt, führt eine Senkung der Nominallöhne – wie in SudEuropa zur Genüge zu beobachten – immer auch zu einer Senkung der Reallöhne, weil die Preise erst mit Verzögerung reagieren. Menschen, deren nominale Einkommen bei zunächst noch unveränderten Preisen absolut fallen, reagieren jedoch panikartig mit einer Einschränkung ihres Konsums. Sinkt der Konsum auf breiter Front, verschlechtert sich die Lage sehr rasch, die Arbeitslosigkeit steigt und allgemeiner Pessimismus breitet sich aus.

Selbst wenn es irgendwann zu einer Stabilisierung kommt, ist die Arbeitslosigkeit meist so hoch, dass das politische Überleben jeder Regierung oder sogar der Demokratie in höchstem Maße gefährdet ist.

Bei der Dimension der Lohnsenkung, die in Bulgarien und Rumänien notwendig wäre, kann man diesen Weg von vorneherein als ungangbar ausschließen.

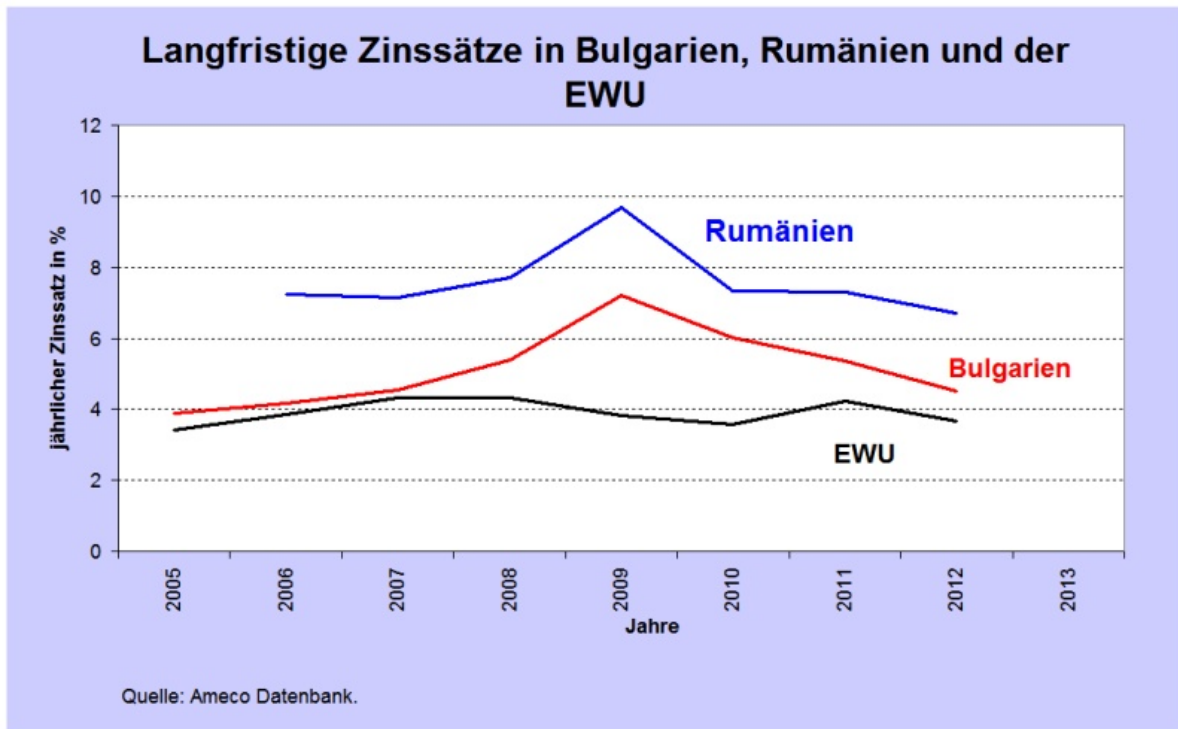
Auch die weiteren Mittel der Wirtschaftspolitik können nicht viel bewirken: Die kurzfristigen Zinsen sind inzwischen schon relativ, d.h. gemessen an Inflationsraten von über 4%, niedrig (Abbildung 15), nachdem sie in der Krise zunächst in die falsche Richtung gegangen waren (sie waren nämlich gestiegen statt zu fallen, weil beide Länder ihre Währungen stabilisieren wollten).

Abbildung 15



Trotz Annäherung liegt auch das Niveau der langfristigen Zinsen in beiden Ländern über dem der EWU (vgl. Abbildung 16). Bulgarien hat wegen seines [currency board](#) keine Autonomie in Zinsfragen, in normalen Zeiten aber einen gewissen Vorteil, weil der Zins sich rasch an das EWU Niveau anpasst, so lange keine Abwertungserwartungen für den bulgarischen Lew vorhanden sind. Ob die jetzigen Zinsniveaus ausreichen, um die Wirtschaft anzuregen, muss man allerdings bezweifeln.

Abbildung 16

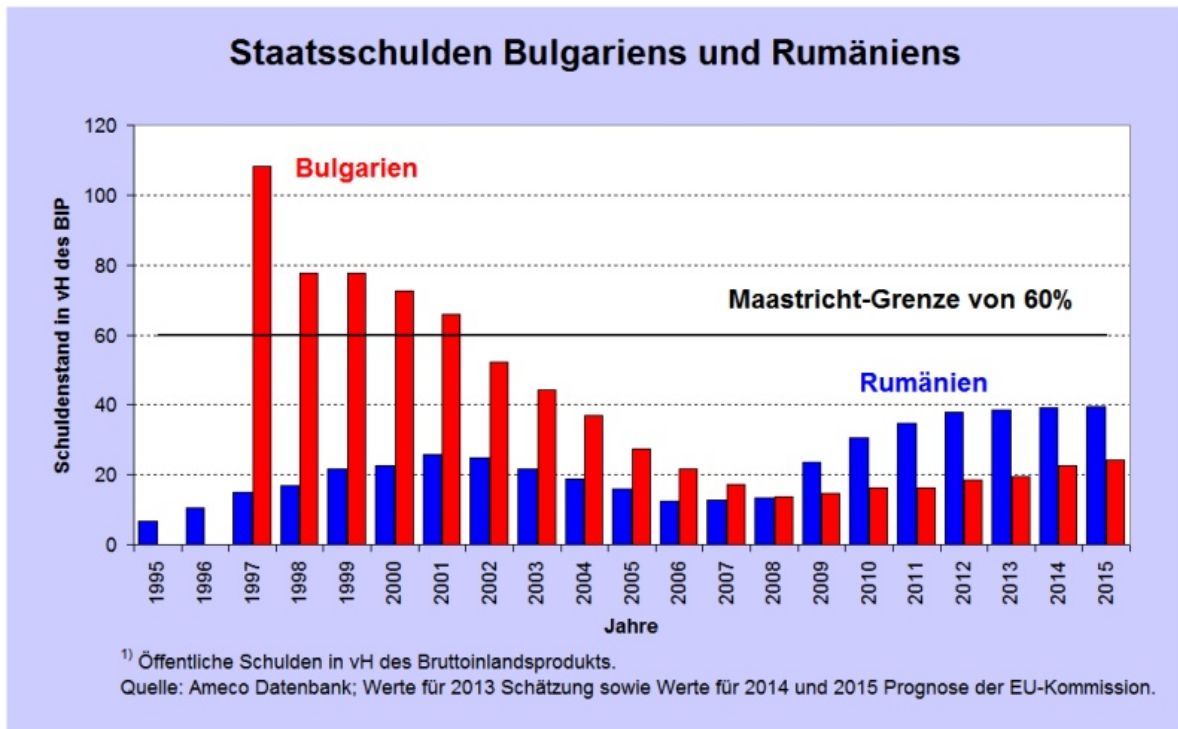


Neben dieser Zinspolitik versuchen die Regierungen, wie derzeit in beiden Ländern zu beobachten, die Inflationsrate und die Lohnsteigerungen durch politischen Druck in engen Grenzen zu halten. Die Real-löhne nehmen in beiden Ländern seit 2010 nur noch schwach zu (Abbildung 5, Teil I). Dadurch gerät aber die gesamte Wirtschaft in eine Stagnationsfalle, weil die Binnennachfrage nicht mehr steigt (vgl. Abbildungen 1 und 2 aus Teil I). Aus ihr helfen auch niedrigere Zinsen kaum noch heraus.

Von Seiten der Finanzpolitik hätten beide Länder angesichts niedriger Niveaus der Staatsschulden (vgl. Abbildung 17) sicher noch Möglichkeiten, expansive Anregungen zu geben. Aber dieser Weg wird, wie wir schon an einigen anderen Länderbeispielen gesehen haben, gerade in Osteuropa meist aus politischen Gründen ausgeschlossen.

Abbildung 17





## Schlussfolgerungen

Bulgarien und Rumänien bieten interessantes Anschauungsmaterial für die Frage, welche Bedingungen ein marktwirtschaftliches System braucht, um einen Aufholprozess mit hoher Wachstumsdynamik zu bewerkstelligen, und wie ein solcher Prozess seine wirtschaftliche Nachhaltigkeit verliert. Der Boom der ersten zehn Jahre dieses Jahrhunderts zeigt, dass die Kombination von kräftigen Lohnsteigerungen (nominal und real) und sehr niedrigen (wegen starker Preissteigerungsraten sogar negativen) Realzinsen eine Konsum- und Investitionsdynamik in Gang setzen kann, die beachtliche Einkommens- und Produktivitätszuwächse hervorbringen in der Lage ist.

Wie fast immer in solchen Fällen geht der Boom aber auch mit einer erheblichen Inflationsdynamik einher, die zwei wichtige Effekte hat: Zum einen verbessert sie temporär die monetären Bedingungen im Innern, weil der Realzins sinkt und sogar negativ wird. Zum anderen aber verschlechtert sie kontinuierlich die außenwirtschaftlichen Bedingungen, weil in der Regel während solcher Prozesse nicht abgewertet wird. Mit zunehmender Passivierung der Leistungsbilanz erhöhen sich die außenwirtschaftlichen Spannungen (die Nervosität der Geldgeber) bis zu dem Punkt, wo die Vertrauenskette, die das Land bis dahin gehalten hat, reißt.

Wer dann unter günstigen Rahmenbedingungen abwerten kann, also vor allem auf die Hilfe anderer Länder bei der Stabilisierung eines niedrigeren Wechselkurses bauen kann, ist in einer guten Position und kann bald wieder expandieren. Wer aber der Überbewertung nicht entrinnen kann (weil er Inflationierung fürchtet oder wie in Bulgarien ein Währungssystem gewählt hat, das ihm kaum eine andere Wahlmöglichkeit lässt, als es einfach ganz aufzugeben, wie es einst Argentinien getan hat), kann auch einer einmal eingetretenen Rezession und Stagnation kaum entkommen. Ist obendrein die

Fiskalpolitik (ideologiebedingt) blockiert, gibt es einfach kein Instrument, mit dem man die restriktiven Wirkungen des Versuchs, die Löhne zu deckeln, ausgleichen oder gar überkompensieren könnte. Wie im Falle Kroatiens kann man nur auf einen Nachfrageimpuls aus dem Ausland hoffen. Aber auch der kann bei massiver Überbewertung keine wirkliche Entlastung bringen.

Dass sich in solchen Ländern vor allem die Begabten und gut Ausgebildeten auf den Weg ins Ausland machen, kann ihnen niemand verdenken. Für das Land wird es dann aber auch jenseits der wirtschaftspolitischen Probleme immer schwieriger, für die noch Ausharrenden eine Perspektive zu schaffen, die sie zum Bleiben ermuntern könnte. Würde Deutschland seine Verantwortung in Europa ernsthaft wahrnehmen, würde es, statt über Einwanderung aus diesen Ländern zu lamentieren, dabei mithelfen, ein effektives europäisches Währungssystem zu installieren, das auch Ländern außerhalb der EWU hilft, aus der Falle der Überbewertung zu entkommen.

## Über den Autor

---

Veröffentlicht am: 22.01.2014 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/01/abo-artikel-bulgarien-und-rumaenien-zwei-weitere-laender-auf-der-verliererstrasse-und-die-folgen-teil-ii/>